

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für aufwärts 0,40 R.-M. Die Anzeigenzeile im Anschlag an reaktionellen Text 19 mm breit, kostet 2 R.-M., für aufwärts 2,50 R.-M. — Die Preisgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2,25 R.-M. Osten und Ostpreußen monatlich 4 R. 15. Postgebühr für den Monat 2,25 R.-M., einschließlich 0,72 R.-M. Postgebühr (siehe Belegungsgebühr). Kreisabonnements: Für die Woche 1,10 R.-M., Einzelnummer 10 R.-M., außerhalb Groß-Dresden 15 R.-M.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N., Ferdinandsstr. 1 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27951—27953 • Teleg.: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060
Abbestellungen ohne Rücksicht werden weder juristisch noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Anlasses

Nr. 40 / 39. Jahrgang x

Mit der Beilage „Die Frau in der Gegenwart“

Dienstag, 17. Februar 1931

Staatskrise in Spanien

Noch keine Lösung der Madrider Krise in Sicht — Eine Rundgebung der Volkstonservativen

Der Kampf um die Krone

Mit dem September 1923 Primo de Rivera an der Spitze seiner Truppe die Macht in Spanien an sich riss, begann eine neue Ära auf der iberischen Halbinsel. Die alten Parteien verschwanden in der Verleugung. Eine Zeitlang schien es, als ob die Vorkriegsparteien den politischen Weg der Spannenhalsbinder gehen sollte. Aber bald zeigte es sich, daß der Faschismus kein Exportartikel ist, und daß sich die Methoden des Autokratismus nicht einfach auf ein anderes Land übertragen lassen. Das Regime Primo de Riveras blieb eine nicht besonders gut gelungene Imitation des faschistischen Staats. Primo de Rivera scheiterte und mußte schließlich zurücktreten.

Nun ist auch sein Nachfolger, General Berenguer, gescheitert, der versuchte, die Diktatur Primo de Riveras zu konsolidieren, ohne wesentliche Errungenschaften dieser Diktaturperiode völlig lassen zu lassen. Die im September 1923 begonnene Ära ist am Sonntagabend zu Ende gegangen. Spanien ist in den Regierungsmehrschichten der Zeit vor der Diktatur zurückgekehrt. Der König verhandelt wieder mit den Führern und Mitgliedern der alten Parteien. Die Nachrichten

über diese Verhandlungen sind genau so verworren und unübersichtlich wie in den Jahren vor dem Putsch Primo de Riveras, und genau so drängen sich die Eifersüchtigkeiten und die ehrsüchtigen Wünsche der „Kastillen“, wie man in Spanien die Krone nennt, die wir in Deutschland mit dem Ausdruck „Krone“ belegen.

Die Krone macht zur Zeit den letzten Versuch, mit Hilfe des gemäßigten monarchistischen Flügels der Liberalen (Romanones) und der monarchistischen Regionalisten (Gambos) ein sogenanntes „Konstitutionskabinett“ zu bilden, das den Weg zur verfassungsgemäßen Nationalversammlung vorbereiten soll.

Zwar erwartet, wie aus den heutigen Madrider Berichten hervorgeht, der Führer der Liberalen, Graf Romanones, der auch wieder aus der politischen Versenktheit aufsteigt, die Bildung eines solchen Ministeriums bereits für den heutigen Tag. Ob sein Optimismus nicht über die Zeit hinausgeht, ist noch zweifelhaft, ob dieses neue Kabinett wirklich in der Lage sein wird, der immer weiteren Zerteilung der republikanischen Bewegung auf die Dauer entgegenzutreten.

Gandhi beim indischen Vizekönig

Telegramm unseres Korrespondenten

London, 16. Februar
Die englische Öffentlichkeit verfolgt mit großer Spannung den eigenartigen Briefwechsel zwischen Gandhi und dem Vizekönig von Indien. Mit einem großzügigen Verzicht auf Formeln hat Lord Irwin sich dem Vorstoß des Mahatmas angeschlossen, eine Unterredung unter vier Augen in Delhi zu arrangieren. Gandhi kehrt unter dem Druck der aus London zurückgekehrten Politiker, die ihm sehr vielen Tönen nicht nur die Vorzüge der Londoner Reichstags-Sitzung, sondern vermutlich auch gewisse nicht-öffentliche englische Zustände unterbreitet haben. Nachdem sein erster Brief an den Vizekönig, in dem er die unverzügliche Einleitung einer Unterredung über das Verhalten der Polizei bei den verschiedenen Unruhen der letzten Zeit verlangte, auf entsprechende Ablehnung gestoßen ist, hat sich Gandhi bewegen lassen, neue Vorschläge zu unterbreiten. Der Vizekönig hat, sehr wahrscheinlich gegen den Willen seiner politischen Ratgeber, die eine solche Prozedur vermutlich höchst irrefüh-

rend, sich entschlossen, über die Möglichkeiten des persönlichen Aufstieges hinweg einen persönlichen Versuch zu machen, Gandhi zur Mitarbeit zu bewegen. Die Zusammenkunft wird am Mittwoch in Delhi stattfinden. Man vertritt sich hier sehr viel von der persönlichen Wirkung Lord Irwins, der in den schwierigen Zeiten des letzten Kriegsjahres in Indien die wichtigste Friedensfaktor Englands gewesen ist. Zur Zeit scheint kein anderer Engländer so sehr das Vertrauen der indischen Nationalisten wie Lord Irwin. Die Nachricht von dem Aufbruch des Vizekönigs zwischen Gandhi und dem Vizekönig gilt daher als ausgesprochen hoffnungsvolles Zeichen für eine Wendung zum Besseren. Kommt es demnach zu einer einseitigen befristeten Unterredung mit den Nationalisten, so ist damit zu rechnen, daß wenigstens ein Teil der Selbstverwaltungsmassnahmen, beispielsweise die wöchentliche Selbstverwaltung in den Provinzen, schon sehr bald durch Dekret in Kraft gesetzt wird.

Die Verhandlungen mit den alten Parteien

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Madrid, 16. Februar. (Durch United Press)
Nach ergebnislosen Verhandlungen mit Alfo de Sandoz Guerra beauftragt worden, das neue Kabinett zu bilden. Guerra schied früher dem linken Flügel der Konföderation an. Später schwenkte er zu den Republikanern über. Er war in der revolutionären Erhebung in Valencia im Jahre 1922 verwickelt. Nach Niederlage dieser Erhebung wurde er erk eingekerkert und dann des Landes verwiesen. Kurz vor der Berufung Guerras nach Berenguer noch eine Erklärung heraus, in der er sagte: „Ich bin absolet entschlossen, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, während ich noch im Amte bin. Wenn es nötig ist, werde ich noch strengere Maßnahmen anwenden. Ich halte es für meine Pflicht, meinem Nachfolger volle Garantien über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu übergeben.“

Romanones ist optimistisch

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Madrid, 16. Februar. (Durch United Press)
In den frühen Morgenstunden des Montag empfing Graf Romanones, der Führer der Liberalen, Vertreter der Presse und erklärte ihnen, daß er mit dem Zustandekommen einer Regierung, und zwar einer verfassungsmäßigen Regierung noch im Laufe des heutigen Tages rechnen könne. Diese Regierung würde, so sagte Romanones, „verfassungsmäßig“ sein.

Republikanische Demonstrationen

Telegramm unseres Korrespondenten
ch. Paris, 16. Februar

In verschiedenen Stellen der Hauptstadt kam es gestern zu ersten Unruhen. Ein Automobil, in dem sich die Witwe des nach dem Putsch von Quedes erschossenen republikanischen Hauptmanns Gernandes befand, wurde angehalten. Die Menge brachte der Witwe Ovationen dar und brach in die Hufe aus: „Nieder mit der Monarchie! Tod dem König! So lebe die Republik!“ Die Polizei ging mit blauer Waffe gegen die Manifestanten vor. Hundert Personen wurden schwer verletzt. Die erregten Massen zogen dann vor das Gefängnis, in dem sich die politischen Gefangenen befinden, und brachten ihnen Sympathienbekundungen dar. Automobile mit Vollgeländewagen wurden mit Steinwürfen empfangen. Drei Vollgeländewagen dabei erste Verletzungen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Ultimatum der Gewerkschaften

Paris, 16. Februar

In Barcelona fand, wie heute meldet, eine Gewerkschaftsversammlung statt, an der 3000 Personen teilnahmen. In dieser Versammlung wurden folgende Forderungen angenommen:

1. Freilassung aller politischen Gefangenen.
2. Anerkennung des Gewerkschaftsrechts durch die Regierung.
3. Wiederherstellung aller verfassungsmäßigen Garantien.
4. Aufhebung des während der Diktatur eingeführten Strafgesetzes.
5. Aufhebung des Gesetzes über die Arbeiterkorporationen.

Die Redner, die während der Sitzung zu Worte kamen, betonten zwar den unpolitischen Charakter der Arbeitergewerkschaften, erklärten aber, daß diese auf der Straße sein würden, sobald die Gefahr einer neuen Diktatur ausbräche würde. Auf den Vorstoß der Bauarbeitergewerkschaft wurde schließlich eine Resolution angenommen, die den Gewerkschaften und die Verwaltungsbehörden auffordert, in einer halben Stunde die Verhandlung über die Schließung der Gewerkschaften aufzunehmen. Falls dieser Aufforderung nicht Folge geleistet werden sollte, würden die Gewerkschaften die sich daraus ergebenden Schritte unternehmen. Diese Drohung wird dahin ausgelegt, daß die Gewerkschaften einen Streik beginnen wollen, der mit dem Eintritt der neuen Regierung zusammenfallen würde.

Die Republikaner lehnen ab

Paris, 16. Februar. (Durch United Press)

Ein Sonderberichterkolleg der „Journal“ hat in Madrid den im Gefängnis befindlichen republikanischen Führer Zamora interviewt. Er fragte Zamora, was er über den Vorschlag Gambos, eine Vorkriegsregierung zu bilden, denke. Zamora antwortete, eine Vorkriegsregierung unter Alfonso XIII. sei eine Wasserleiche. Wenn man ein „Kabinett der nationalen Einigkeit“ in Spanien zu bilden versuche, würde er sich weigern, sich ihm anzuschließen. „Der König“, so schloß Zamora, „wird eine Krise, bei der es sich um die Staatsform handele, wie eine einfache Regierungskrise lösen.“

Die Königin kehrt nach Madrid zurück

London, 16. Februar. (Durch United Press)

Die Königin von Spanien ist heute vermisst nach Madrid abgereist.

Rede des Reichsministers Treviranus

B. Berlin, 16. Februar. (Via. Trahterbericht)

Die Volkstonservativen, die sich offiziell konservativ behaupten, haben bisher keinen rechten Erfolg gehabt. Vom Jahr, als sie sich von dem Deutschnationalen abtrennten, ist ihnen die deutsche Partei einen neuen Antriebe, vielleicht auch einen Antriebe zu geben. Aber der anaristische Flügel, der sich um Schiele scharte und auf den man rechnen hatte, schwächte mit dem Antriebe und blieb dennoch ganz aus. Und bei den Wahlen, in die man mit frischem Mut und zahlreichen, alten und neuen, Kandidaten gezogen war, erlitt man eine Niederlage. Die Stimmung in Deutschland in den auf den 11. September folgenden Wochen und Monaten war allgemein recht düster. Am meisten und am härtesten aber schmerzte sie im Lager der Volkstonservativen zu sein. Es ging da offenbar ein wenig Dost und Dost zu, der Zusammenhang sollte sich wieder, man warte dem bisherigen Parteivorstand Treviranus vor, daß es ihm an Organisationsfähigkeit fehle, und daß das Verlangen bei den Wahlen zum Teil auf sein Konto zu legen sei.

Am 12. Dezember ist dann Treviranus zurückgetreten und durch Dr. Feinmeisner ersetzt worden.

Und jetzt hat die junge Gruppe ihren ersten, von 150 Delegierten bestanden Reichstagsparteitag abgehalten. Dem Parteitag voraus ging am Sonntag mittags eine öffentliche Versammlung, offiziell „Rundgebung der Volkstonservativen“ genannt, mit der Volung: „Ginndurch zum Staat der Deutschen“. Auf Verhändlungsgegenstände des Vorsitzenden, das Treiben eines Tages des Dichters Paul Ernst, folgte eine

Rede des Reichsministers Treviranus

Treviranus führte etwa aus: man sei in die Regierung gegangen, weil man sich zutraue, mit nächsterer politischer Arbeit dem Volke dienen zu können. Man könne nicht nach Art der sogenannten nationalen Opposition mit den Gelehrten der Erde Rangball spielen. Die Regierung Brünning habe mehr getan, als man in der großen Öffentlichkeit wisse, daß sie selbst von dem nationalsozialistischen Gralen Bedeutungslos zugestanden worden, der bekannt habe: Die Regierung Brünning habe alles erreicht, was sie erreichen wollte. Man müsse erkrankt prüfen, ob man wirklich leidend geblieben, oder nicht doch ein Stück weiter gekommen sei. Freilich dürte man die neue Zeit nicht an den alten Maßstäben messen.

Die Propaganda der Regierung Brünning sei mangelhaft.

Somit würde das deutsche Volk besser wissen, was geschehen sei. Nicht genügend bekannt sei, daß wir im letzten Jahr bereits über 900 Millionen weniger für entbehrliche ausländische Lebensmittel abgeführt hätten. Der Bauer bekomme jetzt für das Brotkorn das Doppelte von dem, was am Weltmarkt bezahlt würde. Minister Treviranus ging dann auf die Diktatur ein, die einen Entschuldigungsplan in Höhe von einer Milliarde Mark enthalte, freilich den von

Brünning und Schiele erzwungenen Reichsbeschleunigungsplan und erklärte, daß man dadurch in eine neue Wirtschaftslage hineinzuführen wolle. Notwendig sei eine Umkehrung der gesamten Wirtschaft, eine neue Wirtschaft, die auf den Bedürfnissen des Kontinents ihr Augenmerk richte. Die Zwangsarbeiten des Kapitals könnten nicht durch Vorkauf, wie die Wägen von Jericho, umzuwerfen, sondern müßten langsam abgetragen werden. Wenn gelöst würde, daß man zur Helfertier-Mark zurückkehren müsse, so sei dem entgegenzuhalten, daß das schillernde Wert Geldes und die Wiederholung der Umkehrung des Devisen, der zu einem lebendigen Glied der deutschen Wirtschaft gemacht werden müsse. Es gelte, die entscheidende Einflüsse ausländischer und Deutschen zu einer Vereinbarung der Organisations der eigenen Schritte zu veranlassen. In außenpolitischer Beziehung meldete Treviranus

Die Forderung der Mäßigkeitsfreiheit

an, den Abbau der Tributzoll und die Vereinfachung der Grenzfrage, die eine Lebensnotwendigkeit sei. Auf die Innenpolitik eingehend, beschäftigte er sich mit dem Volksbeschwerden des Stahlwerks und erklärte, daß wirkliche Mäßigkeit nicht sein, als den Verhältnissen einer Forderung durch den Verengungscharakter einer Forderung zu erleben. Das deutsche Volk müsse sich für sich und seiner Verantwortung freisetzen, es dürte ihm aber nicht eine andere Verantwortung angezogen werden, sondern die gesunde Faust des deutschen Volkes müsse endlich zum Vorschein kommen. Treviranus schloß mit den Worten: „Wir wollen unser Volk glücklich sehen.“ Die Vertreterversammlung sah folgende Entschließung: „Die Reichstagspartei der Konservativen, die am Sonntag den 15. Dezember in Berlin 150 Vertreter der konservativen Volkspartei aus dem Reich vereinte, beschließt einstimmig,

das vom Reichstisch in Preußen eingebrachte Volksbeschwerden zu unterstützen.

Sie geht dabei davon aus, daß damit nicht der Erlaß einer herrschenden Parteiposition durch eine andere, sondern der Umbau von Preußen und Reich in einer Reform an Haupt und Gliedern eingeleitet werden soll.“

Ründigungen bei den Vereinigten Stahlwerken

× Gelsenkirchen, 16. Februar

Die Abteilung Bergbau der Vereinigten Stahlwerke, A.G., teilt mit: Infolge der Unmöglichkeit, die angewachsenen Vorkommen zu räumen, hat sich die Bergwerksverwaltung Gelsenkirchen der Vereinigten Stahlwerke angewungen gesehen, die Kottbuckung und eine weitere Abnahme einzuführen und die Kohlenförderung in erheblichem Maße weiter herabzusetzen. Die Bergwerksverwaltung Gelsenkirchen hat daher weitere Ründigungen und Entlassungen zum 15. März beantragt, was zwar für Arbeiter und Angehörige, davon werden insgesamt 2110 Personen betroffen.

mit klein. Fehlern 50
mit klein. Fehlern 50
hülle 50
diese Fehlern 25
chüsseln 25
d oder Blasenrod 25
25
25
25
Schlager! 50
1.75 Ltr. abwärts 50
Preise noch
batt
ken
20661
stellen frei Haus
alten Lampe!
und Ihrer Familie eine
Freude
Büsenberg & Co.
Schlierfabrik, Sorraun 5
ände sind mit deutlich
sen versehen. Rabatte
Form werden infolge
preise nicht gegeben,
ge Behandlung aller
ndentl
24717
IVAT
worflige
hine der Welt
100 Stück
gebrauch
3 M.
ung:
2 Mark an
sonst
sieder 1 90
der
2.00, 2.10
2.15
350
pier 120
1.60,
4 10
am
Post-
platz 2587